

UNITED CITIES AND LOCAL GOVERNMENTS
Erklärung von Rabat
IV. Weltkongress des Weltverbandes der Kommunen "United Cities and Local Governments" (UCLG)
"Imagine Society, Build Democracy"
Rabat, 4. Oktober 2013

Wir, die Bürgermeister und Repräsentanten von Städten, Kommunal- und Regionalbehörden aus aller Welt, von kleinen, mittleren und großen Städten, von Ballungsgebieten und Ballungsräumen, im Dienste ländlicher und städtischer Gemeinwesen, kommen vom 1. bis 4. Oktober 2013 zum 4. Weltkongress des Weltverbandes der Kommunen "United Cities and Local Governments" in Rabat im Königreich Marokko zusammen:

1. **Feiern** das hundertjährige Jubiläum der *Union Internationale des Villes*, ihren Beitrag zur Demokratie auf kommunaler Ebene und zur Stärkung der kommunalen Behörden auf globaler Ebene, insbesondere weil sie zusammen mit der *United Towns Organisation* und *Metropolis* eine entscheidende Rolle bei der Gründung von UCLG im Jahr 2004 spielte;
2. **Bekräftigen**, dass die Grundwerte Frieden, Dialog und Völkerverständigung sowie die Zusammenarbeit der Kommunalbehörden heute genauso wichtig sind wie bisher;
3. **Erkennen an**, dass Vielfalt in all ihren Dimensionen für die Gesellschaft eine Bereicherung ist und Innovationen fördert;
4. **Sind besorgt** über die Krisen, bewaffneten Auseinandersetzungen und Naturgefahren, von denen zahlreiche Regionen weltweit betroffen sind, und über die Belastung unseres Planeten und der Bevölkerung durch die Auswirkungen des Klimawandels, aufgrund von Ernährungsunsicherheit, fehlenden Unterkünften, Armut, kultureller Unterdrückung und sozialer Ausgrenzung. All diese Probleme hindern uns daran, uns ein Bild von der Zukunft zu machen und Demokratie zu verwirklichen;
5. **Beobachten**, wie sich die globale Krise weiterhin in ungleicher Weise auf unsere Gesellschaften auswirkt. Wir beobachten auch, wie Kommunalbehörden in vielen Regionen, insbesondere in Europa, direkt mit den Folgen der Sparpolitik konfrontiert sind, obwohl sie diese Krise nicht verursacht haben. Diese Sparpolitik hat unmittelbare Auswirkungen auf den Zugang der Ärmsten zu grundlegenden Dienstleistungen, Arbeitsplätzen und Wohnraum und zwingt sie in eine Abwärts-spirale von Ausgrenzung und Armut;
6. **Erkennen**, dass wir mit allen Netzwerken von Kommunalbehörden und anderen Partnern, insbesondere mit den Vereinten Nationen und Organisationen der Zivilgesellschaft, gemeinsame Anstrengungen unternehmen müssen, um den Weltfrieden zu fördern und eine internationale Agenda zu entwickeln, die dazu beitragen kann, die gegenwärtige Situation zu überwinden, in der die Hälfte der Menschheit über keine angemessenen Lebensbedingungen verfügt;
7. **Vertreten die Auffassung**, dass Internationale Kommunale Zusammenarbeit und Dezentralisierte Zusammenarbeit, Partnerschaften, Städtepartnerschaften, internationale Kommunalverwaltungs-Diplomatie, Verbindungen durch Städtepartnerschaften und gegenseitige Unterstützung durch Programme zum Aufbau von Kapazitäten und internationalen kommunalen Solidaritätsinitiativen einen entscheidenden Beitrag zum Aufbau einer friedlichen, nachhaltig entwickelten Welt leisten;
8. **Bekräftigen** die unstrittige politische Rolle, die Kommunalbehörden als wirkungsvollen Förderern von Frieden und Dialog unter Völkern und von gemeinsamem Wohlbefinden zukommt,

Und fordern eine friedliche Welt. Wir

9. **Stellen mit Befriedigung fest**, dass die demokratischen Revolutionen, die in der Erklärung des Kongresses von Jeju 2007 hervorgehoben wurden, sich in allen Regionen der Welt weiter ausbreiten. Wir sind überzeugt, dass der Aufbau und die Stärkung dieser Demokratien vor allem auf lokaler Ebene stattfindet, und wir wissen, dass es immer mehr Formen der Bürgerbeteiligung gibt, und diese immer vielfältiger werden, insbesondere bei der Entscheidungsfindung;
10. **Sind uns bewusst**, dass seit dem letzten Kongress in Mexiko City 2010 in der Welt größere Veränderungen stattgefunden haben. Diese Veränderungen lösen in einigen Regionen der Welt Besorgnis aus, da dabei politische, soziale, wirtschaftliche und humanitäre Krisen auftreten. Sie bringen aber auch Hoffnung und stärken das Bewusstsein der Bevölkerung über ihre Rechte auf Demokratie und Gerechtigkeit;
11. **Nehmen zur Kenntnis**, dass vor allem junge Leute in allen Regionen nach ihrem rechtmäßigen Platz in demokratischen Gesellschaften streben;
12. **Sind überzeugt**, dass der Aufbau von Demokratie auf lokaler Ebene vonstatten geht, und dass derzeitige zentralisierte Modelle verändert werden müssen. Auf lokaler Ebene - der Regierungsebene, die der Bevölkerung am nächsten ist – kann der Gesellschaftsvertrag zwischen Bürgern und Behörden am besten erneuert werden, da sie sich am besten dafür eignet, die Bedürfnisse der Gemeinschaften zu identifizieren und zu verstehen. Staaten sind weit von den täglichen Bedürfnissen der Bürger entfernt und zunehmend durch die ständigen Veränderungen und die Instabilität des globalen wirtschaftlichen und finanziellen Umfelds eingeschränkt;
13. **Sind** durch die mit den Millenniumsentwicklungszielen (MDGs) gemachten Erfahrungen **ermutig**, durch die bewiesen wurde, dass entscheidende Fortschritte erzielt werden konnten, wenn kommunale und regionale Behörden in die Umsetzung einbezogen werden. Es konnte allgemein nachgewiesen werden, dass in Fällen, in denen das Subsidiaritätsprinzip nicht angewendet wurde, nicht so befriedigende Ergebnisse erzielt wurden;
14. **Sind überzeugt**, dass Investitionen in grundlegende Dienstleistungen Priorität haben sollten, da sie Ungleichheiten verringern und zur Entwicklung beitragen. Dies wird im Dritten Weltbericht über Dezentralisierung und Lokale Demokratie (*Third Global Report on Decentralisation and Local Democracy*, GOLD III) aufgezeigt,

Und fordern integrative, partizipatorische, demokratische und gerechte Gesellschaften mit sozialem Zusammenhalt. Wir

15. **Verpflichten uns**, unseren Beitrag zur Bewältigung der gegenwärtigen Krise zu leisten, zur Einführung von Neuerungen und zur Wiederbelebung der Wirtschaft sowie zur Schaffung von Arbeitsplätzen, damit die steigende Nachfrage nach elementaren Dienstleistungen für Alle befriedigt werden kann;
16. **Sind uns bewusst**, dass ein doppeltes historisches Ereignis für den UCLG bevorsteht, nämlich: die Überprüfung der Fortschritte bei den Millenniumsentwicklungszielen und die immer näher rückende Dritte Konferenz der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen und Nachhaltige Stadtentwicklung „Habitat III“, die 2016 stattfinden wird und eine neue Phase bei der Entwicklung und Zusammenarbeit einleiten wird, bei der Städte und Regionen eine entscheidende Rolle spielen sollten;
17. **Heben** die Verpflichtungen **hervor**, die während der vorangegangenen Weltkongresse eingegangen wurden. Durch diese Verpflichtungen haben Städte und Regionen bekräftigt, dass sie wichtige Akteure sind, die beim Erreichen der Millenniumsziele mitwirken wollen. Wir

begrüßen, dass unsere Weltorganisation bei den Vereinten Nationen immer stärker anerkannt wird. Dies zeigt sich durch die Teilnahme des UCLG-Präsidenten an der Hochrangigen UN-Gruppenamhafter Persönlichkeiten für die Post-2015-Agenda;

18. **Sind besorgt**, dass trotz wichtiger Fortschritte bestimmte Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDG), wie die sanitäre Versorgung, voraussichtlich nicht erreicht werden. In bestimmten Regionen wie in Afrika südlich der Sahara und Südasien entstehen durch die mangelnde Umsetzung dieser Ziele besorgniserregende Verzögerungen. Wir können beobachten, dass sich die sozialen und räumlichen Ungleichheiten verstärken und überall auf der Welt auch immer häufiger in Städten sichtbar werden;
19. **Sind sicher**, dass die Teilhabe von Frauen an der lokalen Entscheidungsfindung die demokratische Basis unserer Gesellschaften nachhaltig stärkt und dazu beitragen wird, Ungleichheiten zu verringern und gerechtere, nachhaltigere Gesellschaften zu schaffen. Die Rolle von Frauen sollte gestärkt werden, und sie sollten das rechtliche und finanzielle Wissen sowie die Mittel erhalten, um umfassend an der Gesellschaft teilhaben zu können;
20. **Sind uns bewusst**, dass demografisches Wachstum in den nächsten 20-30 Jahren vor allem in den Städten auftreten wird. Dort werden eineinhalb Milliarden Menschen Aufnahme finden müssen, insbesondere in einkommensschwachen Stadtrandgebieten und in mittelgroßen Städten, die mit den Herausforderungen der Urbanisierung an vorderster Front konfrontiert sind.

Und fordern ein menschenwürdiges Leben für Alle. Wir

21. **Stellen fest**, dass wichtige Fortschritte erzielt werden konnten, indem die Rolle von Kommunalbehörden in der internationalen Politik anerkannt wurde. Beispiele hierfür sind die Ergebnisse der Vertragsstaaten in Cancun, die Rio+20-Erklärung, die Arbeit der Hochrangigen Gruppe für den Generalsekretär der Vereinten Nationen oder das Communiqué der Europäischen Kommission zu Kommunalbehörden, in dem gefordert wird, „den Kommunalbehörden in Partnerländern mehr Selbstverwaltungskompetenzen zu übertragen“. Trotz dieser unzweifelhaften Fortschritte ist die Reform der internationalen Institutionen nicht ausreichend vorangekommen. Diese sollten kommunalen und regionalen Behörden die Möglichkeit bieten, zur Agenda beizutragen,

Und fordern eine echte globale Partnerschaft

Mit dieser Erklärung verpflichten wir, Kommunal- und Regionalbehörden, unsere Verbände und Netzwerke, uns dazu:

I. Unsere Mobilisierung fortzusetzen, indem wir an den Werten festhalten, die uns vereinen,

22. In einem internationalen Kontext von Krisen und Auseinandersetzungen und in einer Zeit demokratischer Entwicklung wollen wir Frieden und Entwicklung zum Mittelpunkt unserer Aktivitäten machen, damit wir, ausgehend von der kommunalen Ebene, dadurch zur Erneuerung der Demokratie beitragen können. Außerdem wollen wir uns direkt an die Jugendlichen wenden und sie in die Entwicklung ihrer Städte und Gebiete einbeziehen.

II. Entschiedene Schritte zur Formulierung der Agenda für Städte und Regionen im XXI. Jahrhundert zu unternehmen

23. Während des VI. Africities Summit in Dakar im Dezember 2012 und im Rahmen des UCLG-Weltkongresses erkannten Städte und Regionen die Notwendigkeit, die Agenda des XXI. Jahrhunderts für Städte und Regionen zu entwerfen, um darin die gemeinsamen Werte zum Ausdruck zu bringen,

über die sich die UCLG-Mitglieder und –Partner im Vorfeld von Habitat III verständigt haben. Sie erkannten auch, dass es erforderlich ist, die internationale Strategie kommunaler und regionaler Behörden für die Umsetzung der Entwicklungsagenda zu entwickeln und die Förderung konkreter lokaler Lösungen zu gewährleisten, die sich für die Herausforderungen unserer Ära eignen.

III. Ein anerkannter Partner des Systems der Vereinten Nationen zu werden

24. Wir ersuchen um die volle Teilhabe von Kommunalverwaltungen an allen wichtigen Entscheidungsprozessen auf internationaler Ebene und fordern eine integrativere, kohärentere globale Führungsstruktur, bei der nichtstaatliche Akteure in die Entscheidungsfindung eingebunden sind;
25. Wir bitten darum, dass die internationalen Gremien, Kommunal- und Regionalbehörden als eine Regierungsebene und als vollwertige Partner betrachten. Wir ersuchen die Vereinten Nationen, unserer Organisation in der Generalversammlung Beobachterstatus zu gewähren, damit wir einen intensiveren Beitrag zu allen politischen Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen leisten können. Wir unterstützen den ECOSOC dabei, seinen integrativen Reformprozess weiterzuverfolgen, der wichtigen Gruppen und unterhalb der staatlichen Ebene angesiedelten Regierungsinstanzen die volle Teilhabe ermöglicht;
26. Wir schlagen vor, dass die *Dritte Konferenz der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen und Nachhaltige Stadtentwicklung „Habitat III“* im Jahr 2016 als integrativer Prozess verlaufen sollte, in den alle Akteure eingebunden werden, und der sich auf die Empfehlung des II. Weltkongresses der Kommunen stützt;
27. Wir verpflichten uns, aktiv zur Vorbereitung von Habitat III beizutragen, indem wir gewährleisten, dass die wichtigsten Akteure konsultiert werden, die von den Verbänden der Kommunal- und Regionalbehörden durch die *Global Task Force of Local and Regional Authorities for Post 2015 and towards Habitat III* vertreten werden.

IV. Eine einheitliche Globale Post-2015-Agenda für Nachhaltige Entwicklung zu schaffen

28. Wir fordern eine einheitliche Globale Post-2015-Agenda für Nachhaltige Entwicklung, die die Zielvorgaben zur Bekämpfung extremer Armut bündelt und zu Wohlstand und nachhaltiger Entwicklung beiträgt;
29. Wir sind der Auffassung, dass die Reduzierung von Ungleichheiten, die Verbesserung des Zusammenhalts und der Zusammenarbeit von Gebieten und die Förderung von Regierungsführung und lokaler Demokratie Schlüsselemente dieser Agenda sind. Das Recht auf Stadt, Inklusion, Gleichheit, Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen, menschenwürdiger Arbeit, angemessenem Wohnraum, Kultur und eine ausgeglichene Umwelt sind wichtige Elemente einer nachhaltigen Zukunft für Alle;
30. In der neuen Agenda sollten außerdem spezifische Ziele für eine nachhaltige Stadtentwicklung enthalten sein. Um bessere Erfolgchancen zu haben, bekräftigen wir, dass die Post-2015-Entwicklungsagenda bei der Festlegung ihrer Ziele, Zielvorgaben und Indikatoren weiter vorankommen und die nötigen Mittel bereitstellen sollte, um ihre Umsetzung zu gewährleisten;
31. Wir, Kommunal- und Regionalbehörden aus aller Welt, unterzeichnen diese Erklärung mit neuem Ehrgeiz im Hinblick auf die Arbeit, die unsere Bewegung in den nächsten 100 Jahren fördern muss. Und wir beginnen jetzt – in den Straßen unserer Dörfer und Städte.

Rabat, 4. Oktober 2013